

Gesellschaftspolitik im Umbruch

Vom langsamen Ende der ideologischen Grabenkämpfe

■ TRAUTL BRANDSTALLER



Traul Brandstaller studierte Rechts- und Politikwissenschaften in Wien. Sie begann ihre journalistische Tätigkeit bei Kathpress und Furche, war bei neuem forum und profil tätig und von 1975 bis 1992 in mehreren leitenden Positionen im ORF tätig. Autorin zahlreicher Bücher.

Niederlagen bei Wahlen haben etwas Gutes an sich: sie zwingen die Verlierer, über die Ursachen nachzudenken und ihren politischen Kurs zu ändern – es sei denn, sie halten an der These fest, dass die Niederlage nur der Dummheit der Wähler zuzuschreiben ist.

Die ÖVP hat, so scheint es, ein paar Lehren aus ihrer Wahlniederlage am 1. Oktober 2006 gezogen.

Lehre Nummer 1:

Sowohl das Frauen- wie das Familienbild von Österreichs konservativer Partei ist revisionsbedürftig. Die ÖVP hatte zwar die steigende Berufstätigkeit von Frauen, insbesondere von jungen Frauen, zur Kenntnis genommen, sich bis zur letzten Wahl aber geweigert, daraus auch Konsequenzen zu ziehen, also die Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand auszubauen und die Väter verstärkt in die Erziehungs- und Haushaltsarbeit einzubeziehen. Fast eine Generation, dreißig Jahre lang, waren solche politischen Maßnahmen als „Spinnereien“ von Feministinnen abgetan worden.

Kindergarten: Verstaatlichung der Kinder?



Als Martin Bartenstein im März d.J. den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung, insbesondere auch ein vermehrtes öffentliches Angebot von Krippenplätzen und Ganztagschulen forderte, kam dies einem Quantensprung in der konservativen Frauen- und Familienpolitik gleich. Erstmals wurde nicht das traditionelle Idealbild der Mutter mit zwei Kindern vertreten, die ihre Erfüllung im Hausfrauen- und Mutterdasein findet, sondern die Realität der heutigen Berufswelt akzeptiert. Die Berufstätigkeit der Frau erscheint nicht mehr als „linke“ Abweichung vom eigentlichen Frauenbild, sondern als legitimes Recht der Frau auf ökonomische Unabhängigkeit und ebenso legitimes Recht, beides, Kinder und Beruf, unter einen Hut zu bringen, und zwar in Kooperation mit ihrem Partner.

Der Wirtschaftsminister zog mit seinem Vorschlag realistische Konsequenzen aus persönlichen Erfahrungen: in einem Interview bekannte er ein, dass ihn seine Berufstätigkeit gehindert habe, sich ausreichend an der Erziehung seiner fünf Kinder zu beteiligen; seine berufstätige Frau sei faktisch „Alleinerzieherin“ gewesen. Nicht zufällig fiel diese Erkenntnis mit der der deutschen Familienministerin Ursula von der Leyen zusammen, einer Universitätsprofessorin, die es neben Lehre und Forschung geschafft hatte, gemeinsam mit ihrem Mann sieben Kinder großzuziehen.

Installiert von Angela Merkel und von ihr massiv unterstützt, hatte sie die deutsche Innenpolitik mit ihrer Forderung nach Kinderbetreuungsplätzen für alle, die sie brauchen, in Aufruhr versetzt. Bischöfe meldeten sich mit dem skurrilen Argument zu Wort, mit dieser Politik würden Frauen „zu Gebärmaschinen degradiert“, Altkonservative wetterten gegen die „Verstaatlichung der Kinder“.

Die Reaktionen in Österreich blieben verhaltener; die Kirche schwieg, Altkonservative innerhalb der ÖVP blieben in Deckung, Leserbriefe signalisierten nur einen Sturm im Wasserglas.

Das Beispiel der skandinavischen Länder, wo sowohl die Frauenerwerbsquote als auch die Geburtenrate höher ist als in Österreich, scheint langfristig doch überzeugender zu sein als das traditionelle Familienmodell, an dem die Amtskirche überlang festgehalten hat. Aber auch das Beispiel des neuen CDU-Programms könnte die ÖVP-Zukunftskommission mit Nutzen studieren: „Damit bürgerlichen Familien eine erfolgreiche Zukunft winkt und sie sich nicht in immer geringerer Zahl zusammenfinden, müssen beide Elternteile für die ökonomische und für die emotionale Basis der Familie sorgen können. Die Politik hat ihnen dabei durch entsprechende Rahmenbedingungen zu helfen“, heißt es dort.

Gesamtschule:
Eine gemeinsame Schule für unterschiedliche Lehrer

Lehre Nummer 2:

Ein ziviler Pakt für Homosexuelle, mit gegenseitiger Beistandsverpflichtung und erbrechtlichen Ansprüchen, vor kurzem noch ein absolutes Tabu-Thema innerhalb der ÖVP (ganz zu schweigen von der Amtskirche), scheint ebenfalls seinen odiosen Charakter zu verlieren. Hatte die ÖVP in der schwarz-blauen Koalition noch jeden Vorstoß zu solchen Pakten abgeschmettert, so scheint der neue Justizsprecher der ÖVP, Heribert Donnerbauer, einem liberaleren Kurs in dieser Frage nicht abgeneigt; ein ziviler Pakt ist keine Ehe, er sichert nur die Realität gleichgeschlechtlicher Partnerschaften juristisch ab.

Ist die ÖVP nun nach links gerückt, wie manche meinen? Oder ist sie nur „bunter“ geworden, wie manche formulieren, die den offenen Kurswechsel in gesellschaftspolitischen Fragen lieber nicht offen ansprechen wollen? Die Antwort ist einfacher: in beiden Fragen, dem Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und bei den gleichgeschlechtlichen Partnerschaften,

■ Die Familie, lange als „Hort des Konservatismus“ verschrien, könnte endlich auch von Sozialdemokraten als positiver Wert anerkannt und gefördert werden.



■ **Das Wort „Gesamtschule“ ist schon aus den Zeiten der Ersten Republik ein Reizwort für jeden Konservativen, die drohende Einführung des Sozialismus durch die schulische Hintertür.**

vollzieht die ÖVP Prozesse nach, die die Gesellschaft schon länger, seit etwa dreißig Jahren, vollzogen hat.

Lehre Nummer 3:

Jedem politischen Beobachter, jedem Analytiker der letzten Wahlen ist klar, dass die Retro-Bildungspolitik Elisabeth Gehrers, die von Wolfgang Schüssel gegen alle Kritik bedingungslos verteidigt wurde, eine der wesentlichen Ursachen für die Wahlniederlage der ÖVP war. In der Schulpolitik, diesem seit Jahrzehnten ideologisch verminten Gelände, dem ewigen Kampfplatz zwischen falsch verstandenem Egalitarismus und ebenso falsch verstandenem Elite-Denken, tut sich die ÖVP besonders schwer. Das Wort „Gesamtschule“ ist schon aus den Zeiten der Ersten Republik ein Reizwort für jeden Konservativen, die drohende Einführung des Sozialismus durch die schulische Hintertür. Auch die Sozialdemokraten taten wenig, um das alte Feindbild zu modernisieren. Statt den pädagogischen Aspekt, die individuelle Förderung in kleinen Klassen zu betonen, hielt man an der Überwindung der sozialen Gegensätze, am Kampf gegen das „elitäre“ Gymnasium fest. Die Finnen, immer wieder zitiertes Vorzeigeland in Schulfragen (nicht nur wegen der PISA-Erfolge), argumentieren da vernünftiger: „Man hat eine gemeinsame Schule für unterschiedliche Lerner. Man möchte nicht alle gleich machen, sondern jedem Kind eines ganzen Schülerlehrgangs während der Grundbildungszeit alle Wege offen lassen“ (Rainer Domisch, Leiter der Deutsch-Lehrplankommission in Finnlands oberster Schulbehörde, zit. nach „Der Standard“, 21.5.2007).

Auch hier, in der Schulpolitik, geraten die Fronten in Bewegung. Ein Grundsatzpapier der Industriellenvereinigung „Zukunft der Bildung – Schule 2020“, fordert nicht nur ein verpflichtendes Vorschuljahr, sondern auch eine „Mittelstufe von 10 bis 14 Jahren, mit innerer leistungsgerechter Differenzierung“ und eine Oberstufe, die allgemeinbildende und berufsbildende Fächer anbietet. Zusätzlich melden sich mehr und mehr Bildungsfachleute aus der

ÖVP, die die gemeinsame Schule aller 10- bis 14-Jährigen einfordern, allen voran der langjährige steirische Landesschulratspräsident und ÖVP-Vordenker Bernd Schilcher (von der SP-Unterrichtsministerin Claudia Schmied zum Leiter einer Kommission zur Schulorganisationsreform ernannt): „Man sollte diese ideologischen Grabenkämpfe beenden und sehen, ob man nicht gemeinsam zu einer Schulart kommt, die unseren Kindern und der Gesellschaft nützt.“

Hat die Große Koalition nun doch jene Themen gefunden, die den Bedürfnissen einer geänderten Gesellschaft, einer Gesellschaft im Umbruch, entsprechen? Die Annäherung in den drei zitierten Bereichen wird vermutlich noch zahlreiche Querschüsse (Stichwort Finanzierung) zu überstehen haben und sie wird – vor allem in der Schulfrage – wohl noch länger dauern, bis sie zu konkreten Ergebnissen führt.

Dennoch: die ÖVP ist offenkundig im Begriff, in zentralen Fragen der Gesellschaftspolitik einen „modernisierten Konservatismus“ anzusteuern, – ein Wandlungsprozess, den sie mit mehreren europäischen Parteien teilt.

Und die SPÖ? Dort lehnen sich viele zurück, im Bewusstsein, in der Gesellschaftspolitik eine Pionierrolle gespielt zu haben; aber es gibt auch Defizite, Leerstellen, die zu füllen die heutige Sozialdemokratie gut beraten wäre. Drei einschlägige Themen als Exempel:

1. Das Kinder-Thema – viel zu lange und einseitig wurden Kinder nur als finanzielle und psychische „Last“ gesehen.
2. Die Familie, lange als „Hort des Konservatismus“ verschrien, könnte endlich auch von Sozialdemokraten als positiver Wert anerkannt und gefördert werden.
3. Und was die Schule betrifft, wäre einmal neu über die Begriffe „Leistung“ und individuelle Förderung, für schwach *und* hoch Begabte, zu diskutieren.

Modernisierung braucht nicht nur das „bürgerliche Lager“, dem das Bürgertum, Modernisierung braucht auch das „sozialistische Lager“, dem die Arbeiterbewegung abhanden gekommen ist.

Anmerkung der Redaktion: Nach den jüngsten innenpolitischen Blockaden meinte die Autorin gegenüber „Quart“, dass ihr Text vielleicht doch zu optimistisch ausgefallen sei.